

Martina Munz, Nationalrätin

### **Diesmal ist der Nationalrat die «Chambre de réflexion»**

*Rettungsschirm, Versorgungssicherheit und drohende Energiemangellage verleiten den Ständerat zu überstürztem Handeln. Der Nationalrat muss nachbessern.*

Die Energie- und die Klimakrise verlangen gegenwärtig vom Parlament dringliches Handeln. Jahrelang waren die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energie so unattraktiv, dass in der Schweiz kaum investiert wurde. Energiepolitik, Klima- und Naturschutz müssen verträglich gestaltet sein, mit dem Gegenentwurf zur Gletscherinitiative erreichen wir einen wichtigen Meilenstein. Im Gesetz wird das Klimaziel "Netto Null" bis 2050 festgeschrieben. Zusätzlich werden auch Umsetzungsmassnahmen beschlossen. Die Bevölkerung wird jährlich mit Förderbeiträge von 400 Millionen Franken beim Heizungersatz und bei Gebäudesanierungen unterstützt. Die Debatte im Nationalrat war von polemischen Rundumschlägen der SVP geprägt, denn sie will das Referendum ergreifen und bekämpft damit auch die Fördergelder zum Ausstieg aus den Fossilen. Das würde die Haushalte bei den Nebenkosten entlasten und damit die Kaufkraft stützen. Die Mehrheit des Rates hat die Dringlichkeit erkannt. Bei Öl und Gas sind wir zu 100 Prozent vom Ausland abhängig. Welchen Einfluss ein einziger Staatschef damit auf uns hat, spüren wir jetzt mit der Gaskrise. Wir müssen vorwärts machen und in Effizienzmassnahmen und Zubau von Erneuerbaren investieren.

Nun soll - so will es der Ständerat - plötzlich in atemberaubendem Tempo zugebaut werden. Was auf den ersten Blick sehr erfreulich scheinen mag, könnte sich als Bumerang erweisen: Denn Umweltstandards und Naturschutz sollten nicht ausgehöhlt werden. Besonders im alpinen Raum, wo die Ökosysteme fragil sind. Die gleichen Leute, die früher auf der Bremse standen, kann es heute nicht schnell genug gehen. Sie sind bereit, Verfassung und Kantonshoheit mit diesen weitgehenden Gesetzesbestimmungen zu verletzen. Nun versucht der Nationalrat, als Chambre de réflexion, die wenig durchdachte Gesetzgebung zu verbessern.

Bei der Biodiversitätsinitiative ist es ähnlich: Der Nationalrat ist gewillt, Massnahmen für den Artenschutz zu ergreifen. Die Initiative aber auch der indirekte Gegenvorschlag sollen die Biodiversitätsstrategie des Bundes beschleunigen und wichtige Kerngebiete der Lebensräume schützen. Ein typisches Beispiel ist sind die Wyden bei uns im Klettgau. Über mehrere Jahrzehnte wurde eine Ökologische Infrastruktur gemeinsam mit den Landwirten aufgebaut. Mitten im intensiv genutzten Ackerland sind heute seltene Vogelarten und eine wertvolle Ackerbegleitflora anzutreffen. Das Konzept des Gegenvorschlags unterstützt ein solches Miteinander.

Das Erstaunen war gross als die Axpo anfangs Monat in Liquiditätsnöte geriet. Der Bund musste einen Rettungsschirm von 10 Milliarden Franken bereitstellen. Die Strompreise explodierten. Über Nacht stieg der Preis für eine kWh von wenigen Rappen auf einen Franken. Das spürten auch die KMU, die den Strom auf dem liberalisierten Markt selbst beschaffen müssen. Es zeigt sich: AXPO, Alpiq und BKW sind «too important to fail». Ein Konkurs würde viele kleiner Energieversorger in den Strudel ziehen. Aber die Stromkonzerne sind unterdessen zu Handelsfirmen geworden ohne einen Versorgungsauftrag. Die aktuelle Situation zeigt, dass die Stromversorgung wieder in die Steuerung der öffentlichen Hand gehört. Die Liberalisierung der Stromwirtschaft ist gescheitert.